TOP 29:

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75

COM(2016) 532 final

Drucksache: 475/16 und zu 475/16

Der vorliegende Verordnungsvorschlag dient der Änderung der Gründungsverordnung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) aus dem Jahr 1975. Einerseits sollen bestimmte Vorschriften der Cedefop-Gründungsverordnung an das Gemeinsame Konzept der Kommission für die dezentralisierten Agenturen angepasst werden. Andererseits sollen die Ziele und Aufgaben des Cedefop aktualisiert und an neue Erfordernisse (unter anderem Digitalisierung der Arbeitswelt) angepasst werden, da Cedefop mittlerweile seine Tätigkeit über die Berufsbildung hinaus auf Qualifikationen und Kompetenzen ausgeweitet hat.

Mit der Überarbeitung der Gründungsverordnung sollen die Aufgaben von Cedefop bei der Politikgestaltung und -durchführung in den Bereichen Berufsbildung, Kompetenzen und Qualifikationen genauer definiert und dessen Auftrag als Zentrum für Analyse, Forschung und Politikmonitoring in diesen Bereichen aktualisiert werden. Da das Cedefop an der Schnittstelle von Berufsbildung und Arbeitsmarkt angesiedelt ist, sollen bei der Überarbeitung sowohl die gegenwärtige Politik der EU in den Bereichen Berufsbildung und Kompetenzen als auch die Beschäftigungspolitik berücksichtigt werden. Cedefop soll Informationen und Dienstleistungen für die Politikgestaltung und Wissensweitergabe unter und zwischen den nationalen und den Unionsakteuren, insbesondere den Regierungen und den Sozialpartnern, bereitstellen.

Die Verwaltungs- und Managementstruktur der Agentur soll einen Verwaltungsrat, einen Exekutivausschuss und einen Exekutivdirektor umfassen. Sitz der Agentur soll Thessaloniki sein. Der mehrjährige Finanzrahmen sieht für 2016 Mittel in Höhe von circa 17,4 Millonen Euro vor, die bis 2020 auf circa 18,1 Millionen ansteigen sollen. Die Agentur soll 2016 123 Bedienstete, darunter 78 Bedienstete auf Zeit, beschäftigen.

Die Empfehlungen der Ausschüsse sind aus der Drucksache 475/1/16 ersichtlich.